



Foto: H. Glatzi

FVDZ-Landesvorsitzender Thomas Thyroff geißelte die rot-grüne Politik.

bereiche – ausgenommen Schmerz- und Notfallbehandlungen ab Jahresbeginn 2003, falls die Ersatzkassen bis zu diesem Zeitpunkt für Bayern keinen rechtskräftigen Vertrag inklusive der Einigung für die Vorjahre abgeschlossen hätten. Die zugehörigen Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse finden Sie im *KZVB-Express 22/02*.

Freiberuflichkeit „stranguliert“

Mit großer Mehrheit stärkte die Versammlung ihrem Vorsitzenden den Rücken auf Bundesebene, seinen Weg des Strukturwandels konsequent fortzusetzen und dem System der befundorientierten Festzuschüsse zum Durchbruch zu verhelfen. Die beiden Antragsteller, FVDZ-Landesvorsitzender *Thomas Thyroff* und BLZK-Präsident *Michael Schwarz*, warfen ihr politisches Gewicht in die Waagschale, um die Kollegen für diesen Beschluß zu gewinnen. Mit drastischen Worten geißelte Thyroff die rot-grüne Gesundheitspolitik als „gemacht von Dilettanten“ ohne jede Perspektive für eine freiberufliche Praxisführung. Um so wichtiger sei im bevorstehenden Existenzkampf der Zahnärzteschaft der Konsens nach innen. Für den Freien Verband bot er der KZVB-Führung Unterstützung an „nicht als gleichgeschaltete Kaderpartei“, sondern im offenen Gespräch unter Bündelung unterschiedlicher Meinungen, „damit wir tragfähige Mehrheiten schaffen“.

Zahnärzte „zu ruhig“

Unterstützt wurde der Unterfranke in seiner düsteren Einschätzung der Regierungsabsichten von BLZK-Vizepräsident *Dr. Wolfgang*

Heubisch, der in seiner Funktion als Präsident der Freien Berufe in Bayern die Dienstleistungsgesellschaft bereits „stranguliert“ sieht. „Mir ist das alles zu ruhig hier“, mahnte er mehr Aufbruchstimmung im Delegiertenplenum an.

BLZK-Präsident Schwarz bestätigte die Einschätzung Heubischs, denn genau „auf diese Ruhe setzt das System“. Es gehe längst nicht bloß um ein wenig mehr Honorar. Der Kampf gelte vielmehr der grundsätzlichen Befreiung von Abhängigkeiten, dem Widerstand gegen eine fortschreitende Pauschalmedizin. Letztlich müsse jedem Kollegen in der aktuellen Situation klar sein, daß er für eine Neubesinnung auf alte Bürgerwerte wie Selbstverantwortung und Selbstbestimmung streite – letztlich „...für ein anderes Land“. Er warnte die Kollegen nochmals dringend davor, sich auseinanderdividieren zu lassen.

Scheinheiliges System

In seinem Grußwort führte der CSU-Sozialexperte *MdB Wolfgang Zöller* den Zahnärzten am Beispiel der Zahntechniker klar vor Augen, wie die rot-grüne Regierung die Zerstrittenheit der Heilberufe als Vorwand benutzt, um keine Entscheidungen zu treffen. Nach dem Motto „Solange Ihr Euch nicht einig werdet, warum sollen wir dann entscheiden?“ Zöller verurteilt das „scheinheilige System“, in dem sich die Bundesregierung billigen Zahnersatz für die Bundeswehr aus Polen besorgt, Krankenkassen für Auslandspla-



Fotos (4): Glatzi

Die Delegierten der Vertreterversammlung verwahrten sich gegen Eingriffe der Bundesregierung in die Tarifautonomie der Selbstverwaltung.